



LANDKREIS
LUDWIGSBURG

**Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige
Jahresbericht 2009/2010**

Ausgangslage

In der Sozialausschusssitzung am 4. Juni 1999 wurde beschlossen, dass ab dem Jahr 2000 ein Angebot zur Beratung für pflegebedürftige ältere Menschen aufgebaut werden soll, um die ambulante Versorgungsstruktur zu stärken und einer frühzeitigen Heimaufnahme entgegenzuwirken. Im Rahmen der Haushaltsberatungen soll ein jährlicher Bericht über die Entwicklung der Beratungsstelle vorgelegt werden.

Entwicklung der Beratungsstelle von Oktober 2009 bis September 2010

Um die Beratungsstelle steuern und Entwicklungen erkennen zu können, wird eine Statistik mit den wichtigsten Eckdaten geführt. Sie ist Grundlage für die Jahresberichte.

Rahmenbedingungen

Die 1,5 Planstellen in der Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige teilen sich drei Sozialarbeiterinnen/Sozialpädagoginnen.

Statistik

Im Zeitraum vom 1.10.2009 bis 30.9.2010 wurden 2583 telefonische und persönliche Beratungen durchgeführt. Schriftliche Anfragen und E-Mail Kontakte wurden zusätzlich täglich bearbeitet. Dies stellt die höchste Anfragezahl seit Bestehen der Beratungsstelle dar. Die Steigerungen in der Nachfrage führen wir auf den stärkeren Bekanntheitsgrad, die demographische Entwicklung und die Diskussionen im Vorfeld der Pflegestützpunkte zurück. Vermehrt nehmen ältere allein lebende Menschen die Beratung selbst in Anspruch. Diese Anfragen benötigen ein stärkeres Hilfemanagement. Es hat sich gezeigt, dass sich mit der Beratungsstelle Möglichkeiten eröffnen, frühzeitig in den Beratungsprozess eingebunden zu werden und somit Chancen für eine ambulante häusliche Versorgung bestehen, um eine Pflegeheimaufnahme hinauszuzögern bzw. zu vermeiden.

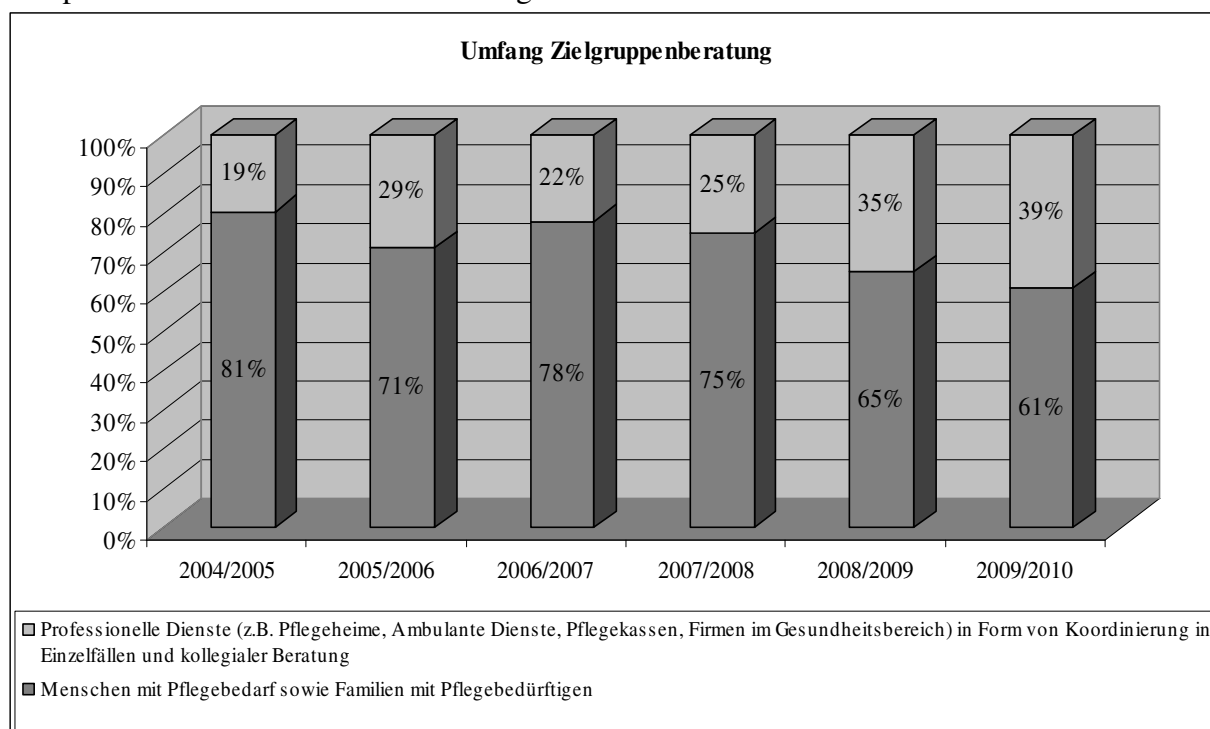
243 Personen wurden im Landratsamt beraten. Dies sind 9 % der gesamten Beratungen. Zusätzlich wurden 35 Familien über das Projekt Krisenintervention zu Hause begleitet.

2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	2007/2008	2008/2009	2009/2010
2099	1984	1656	1566	2314	2440	2583

Tabelle 1 Beratungen insgesamt im Jahresvergleich

Zielgruppen

Die Beratungsstelle berät sowohl pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige als auch professionelle Dienste, die in der Altenarbeit oder angrenzenden Gebieten beschäftigt sind. Im Berichtszeitraum hatten wir wieder einen hohen Anteil an Einzelfallberatungen. Die Koordinationsaufgaben mit Pflegekassen, Sanitätshäusern, Pflegediensten, Nachbarschaftshilfen und anderen Firmen oder Diensten haben eindeutig zugenommen, während die kollegiale Beratung als relativ konstant erlebt wird. Das Fallmanagement ist insbesondere in Hinblick auf die Pflegestützpunkte von zunehmender Bedeutung.



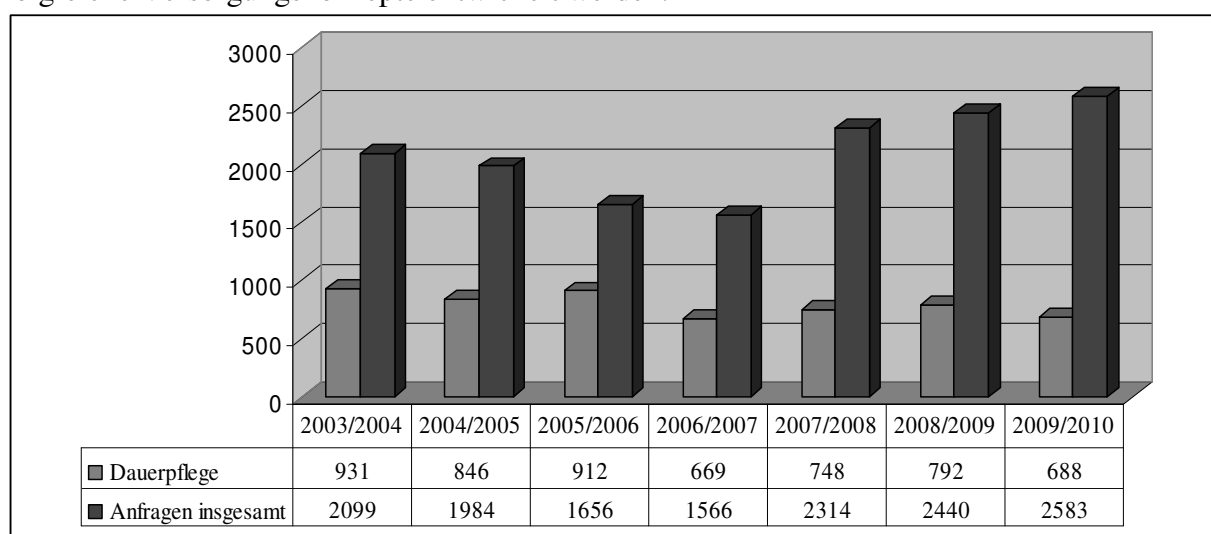
Beratungsinhalte

Beratungen im stationären Bereich

600 direkte Anfragen zum Thema **Dauerpflege** im Landkreis wurden bearbeitet. Die Nachfrage nach Dauerpflegeplätzen ist weiterhin prozentual zur Gesamtanfrage rückläufig. Die Anfragen an die Beratungsstelle sind in der Regel nicht notwendig, da direkt Plätze gefunden werden können. Bei einem Überhang von 525 Plätzen zum Stichtag 31.12.2010 ist dies verständlich. Der Focus verschiebt sich eher auf die Beratung zu Qualitäten der Pflegeeinrichtungen und der Finanzierung von Pflegeheimaufenthalten. Von der Beratungsstelle kann wegen der Platzauswahl differenzierter beraten werden und ein zielgerichtetes Angebot für den jeweiligen Pflegebedürftigen gefunden werden. Besonders im Bereich der Demenzerkrankungen ergibt sich ein erhöhter Beratungsbedarf.

In Belastungssituationen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Pflegeplatz in Anspruch genommen wird, obwohl objektiv noch keine Notwendigkeit vorhanden ist. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass wir bei dieser sehr entspannten Pflegeplatzsituation eine wichtige Steuerungsfunktion verlieren, um den häuslichen Bereich zu stärken, da eine Aufnahme in ein Heim in einer akuten Krisensituation schnell erfolgt. Die Rückkehr in den häuslichen Bereich, wenn sich die Situation stabilisiert hat, ist zurzeit nicht die Regel. Hier wird zukünftig eine Steuerung notwendig sein. In Einzelfällen wird mit Hilfe der Beratungsstelle auch ein Auszug aus dem Pflegeheim vorbereitet.

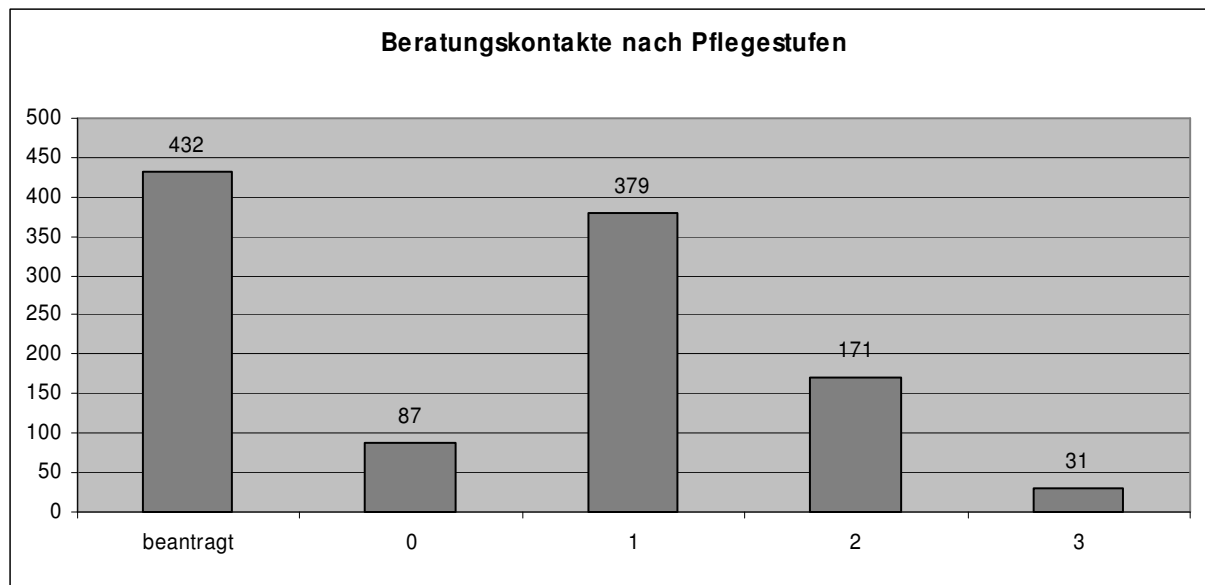
Die Beratungen werden mit der Maßgabe geführt, dass eine stationäre Aufnahme in ein Pflegeheim vermieden oder herausgezögert wird. Die Beratungsstelle versucht mit sehr großem Engagement und Zeitaufwand der Pflegeheimaufnahme gegenzusteuern. Beratungsinhalte über ambulante bzw. teilstationäre Dienste stehen im Vordergrund. Es konnten auch in vielen Fällen erfolgreiche Versorgungskonzepte entwickelt werden.



Beratung von älteren Menschen in Kliniken

In diesem Berichtszeitraum wurden insgesamt 251 Familien mit älteren Menschen, die direkt aus den Krankenhäusern eine Anschlussversorgung benötigten, beraten. Dies ist, bezogen auf das vorherige Jahr, ein ähnlich hohes Niveau. Eine wichtige Fragestellung bei diesem Personenkreis ist die Entscheidungsfindung, ob die Versorgung ambulant oder stationär erfolgen soll. Aufgrund der kürzeren Verweildauer im Krankenhaus sind die Familien überfordert, eine adäquate Entscheidung über die weitere Versorgung ihrer Angehörigen zu treffen. In dieser akuten Krisensituation, wird oftmals das Heim als einzige Versorgungsmöglichkeit gesehen. Es ist davon auszugehen, dass bei den zurzeit angebotenen freien Plätzen im Heim der schnelle Zugang vom Krankenhaus ins Heim genutzt wird. Die teilweise sehr umfangreichen Beratungen waren deshalb geprägt von Informationen über ambulante Hilfenetzwerke sowie Anfragen nach Kurzzeitpflege, um den pflegeintensiven Übergang nach Hause abzumildern. Bei 7 Personen konnte in dieser Situation eine Pflegeheimaufnahme vermieden werden.

Informationen zu verschiedenen sozialen Leistungen



Auffällig ist, dass viele Beratungen im Vorfeld der Gewährung von Leistungen und bei Pflegestufe 1 auftreten. Bei dieser etwas geringeren Pflegebedürftigkeit oder am Anfang der Pflegesituation gibt es eher die Chance, eine ambulante flexible Versorgungsstruktur aufzubauen, die im weiteren Krankheitsverlauf erhalten bleibt. In 1100 Fällen (798 im Vorjahr) wurden Informationen über die Pflegeversicherung (SGB XI) gegeben. Hierbei geht es sowohl um allgemeine Informationen zu der Art und Höhe der Leistungen, die Einstufungen in Pflegestufen, Gutachten des medizinischen Dienstes wie auch um die Leistungen der eingeschränkten Alltagskompetenz nach § 45 SGB XI. Zu diesen Leistungen für Demenzerkrankte besteht ein hoher Informationsbedarf. Erstmals wurde in diesem Berichtszeitraum erhoben, dass 137 Personen explizit zu diesen niedrighschwelligem Angeboten für Demenzerkrankte beraten wurden. So kann die häusliche Pflege gerade auch für Demenzerkrankte stabilisiert werden.

Finanzierungsfragen

Ein wichtiger Anteil innerhalb der Beratungen entfällt auf die Finanzierung von Leistungen. Die Beratungsstelle gibt umfassende Informationen über das ganze Spektrum an Sozialleistungen unabhängig vom Kostenträger. Schwerpunkte waren die allgemeinen Informationen zur Finanzierung von ambulanten Pflegeleistungen und von Pflegeheimaufenthalten. Über Leistungen der Sozialhilfe wurde in 797 Fällen beraten. Bei Menschen mit Grundsicherung, aber auch bei älteren Menschen mit niedriger Rente, kann bei einsetzendem Pflegebedarf und den damit verbundenen Kosten eine Unterstützung durch das SGB XII (Hilfe zur Pflege, Kap. 7), ergänzend zu Pflege- und Krankenversicherung, notwendig werden.

Beratung von älteren Menschen zur Versorgung in ihrer Häuslichkeit

Wie in den letzten Jahren sind die Beratungssituationen umfangreich, komplex und schwierig. Der Beratungsschwerpunkt liegt auf der Sicherung der häuslichen und ambulanten Versorgung mit dem gesamten Angebotsspektrum und der psychosozialen Unterstützung.

Die Hilfestrukturen individualisieren und privatisieren sich zunehmend. Wegen der Breite der Themen der Beratungsstelle ist es eine Chance für ältere Menschen, ohne Hürden wichtige Informationen zur Alltagsgestaltung bei Pflegebedürftigkeit abrufen zu können. Es ist schwierig für Angehörige, sich in der komplexen Versorgungsstruktur zurechtzufinden. In dieser Ausnahmesituation ist es notwendig, Angehörige zu entlasten, damit die Pflegebereitschaft erhalten bleibt. Die Beratungsstelle nimmt hier eine wichtige Steuerungsfunktion wahr, um bei den sich verändernden demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen den Verbleib in der Häuslichkeit zu ermöglichen.

Insbesondere bei der Erstellung eines **Hilfenetzwerkes im ambulanten Bereich** zeigt sich die Notwendigkeit der Beratungsstelle. Die Tendenz der letzten Jahre, dass die Beratungen in ihrer Problematik immer komplexer und differenzierter werden, hat sich bestätigt. Ausschließlich Hilfestellungen zum Finden der entsprechenden sozialen, hauswirtschaftlichen oder pflegerischen Angebote sind häufig nicht ausreichend. 65% aller Klienten benötigten zusätzlich psychosoziale Beratung. Dies kann im konkreten Fall eine den Klienten in seiner Persönlichkeit und Handlungsfähigkeit unterstützende und stärkende Beratung sein, um die (Pflege-)Situation besser bewältigen zu können.

Beratungen im ambulanten Bereich sind in 87 % aller Anfragen nötig und nehmen einen viel größeren Raum als die Fragen nach der stationären Versorgung ein. 696 Anrufer benötigten Informationen zu hauswirtschaftlichen Diensten. Die Krankenpflegedienste wurden mit 669 Anfragen ebenfalls stark nachgefragt. Durch die Integration verschiedener Dienste, wie z.B. Tagespflege, hauswirtschaftlicher Dienst und Krankenpflegedienste, kann der Verbleib in der Häuslichkeit häufig erreicht werden.

In Pflegesituationen, die eine 24 Stunden Betreuung erfordern, gingen ca. 100 Anfragen zum Einsatz osteuropäischer Pflegekräfte ein. Von der Beratungsstelle wurde unter anderem über Legalität und Illegalität des geplanten Handelns informiert.

In unseren Beratungen werden **technische Hilfen** wie Hausnotruf, Hilfsmittel und Wohnanpassung in 187 Fällen abgefragt. Der Einsatz von Technik hilft Pflegebedürftigen ihren Alltag im häuslichen Bereich besser zu bewältigen. Dieser Bereich hilft deshalb die ambulante Versorgung zu stabilisieren.

Gesetzliche Betreuung, Vollmachten, Patientenverfügungen

In der Bevölkerung wächst der Wunsch, für das Alter vorsorgen zu wollen. In der Beratungsstelle wurden deshalb in 100 Beratungen Informationen zu **Patientenverfügungen** abgerufen. Nach der Änderung des Gesetzes rückte dieser Bereich mehr ins Bewusstsein der Bürger. Die Kontakte zu Familien und Einzelpersonen im **Vorfeld von gesetzlicher Betreuung** haben mit 614 ein größeres Ausmaß angenommen. In diesen ungeklärten Situationen sind weder die Notare noch die Betreuungsbehörde Ansprechpartner. Besonders allein lebende Menschen ohne Versorgung durch die Familie sind betroffen.

Im Berichtszeitraum wurden häufig **Seniorenbegleiter, Besuchsdienste und andere Begleitpersonen** nachgefragt. Hier sehen wir einen zunehmenden Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement, um die fehlenden sozialen Kontakte auszugleichen und den älteren Menschen Zeit zu schenken. Gerade bei Vereinsamung und nachlassender Mobilität können kleine Tätigkeiten plötzlich ein unüberwindbares Hindernis darstellen.

Die Nachfrage nach **barrierefreiem bzw. Betreutem Wohnen** ist mit 575 (429 im Vorjahr) steigend. Es ist ein Trend hin zu barrierefreien Wohnungen zu beobachten, die zunehmend am freien Wohnungsmarkt in die Vermarktung kommen. Hier besteht ein Bedarf an flankierenden Informationen, um eine Kauf- oder Mietentscheidung treffen zu können. Besonders schwierig gestaltet sich die Wohnungssuche bei den unteren Einkommensgruppen. Es erreichen uns zunehmend Anfragen von pflegebedürftigen Menschen in unzumutbaren Wohnsituationen oder von Obdachlosigkeit bedrohten älteren Menschen.

Projekt Krisenintervention

Innerhalb dieses Projektes wurden 35 Familien betreut. Seit Beginn des Projektes Krisenintervention nahmen die Fallzahlen stetig zu. Meist konnte die Sachlage nicht bei einem einzigen Hausbesuch geklärt werden. Verstärkter Schriftverkehr und hoher Abklärungsbedarf mit Organisationen und Diensten bestimmten die Arbeit.

Für Krisen besonders anfällige Personengruppen sind ältere allein lebende pflegebedürftige Menschen, die den größten Anteil am Projekt Krisenintervention ausmachen, und hochaltrige Ehepaare. Die Situation spitzt sich zu, wenn ein Ehepartner an Demenz erkrankt. In allen Fällen ist das familiäre Hilfenetz entweder zusammengebrochen, von Spannungen geprägt oder nicht vorhanden. Durch die Beratung und Organisation der ambulanten Hilfsmöglichkeiten und Abklärung der finanziellen Ansprüche konnte selbst in der Krisensituation die Unterbringung im Pflegeheim in der Regel vermieden werden.

Die befristete Begleitung innerhalb der zugehenden Sozialarbeit ist zeitintensiv und erfordert Methoden wie z.B. Case Management oder systemische Beratung. Die Beratungsgespräche sind zeitlich und inhaltlich sehr intensiv und verdichtet. Diese Tätigkeiten werden im Rahmen des Pflegestützpunktes intensiviert werden müssen.

Informationsmaterialien

Neben den Beratungen wurden qualitativ hochwertige Informationsmaterialien erstellt, die telefonisch u.a. von älteren Menschen, pflegenden Angehörigen, Ehrenamtlichen, aber auch von Sozialen Diensten angefordert wurden. Broschüren von der Beratungsstelle sind: Ambulante Dienste, Hospizarbeit, Betreutes Wohnen für Senioren, Tages- und Nachtpflege, Kurzzeitpflege, Angebote für pflegende Angehörige und Altenpflegeheime. Die Broschüren bieten einen guten Überblick über die Angebots- und Preisstruktur im Landkreis. Diese Broschüren und weitere Materialien werden als PDF-Dateien bereitgehalten und auf Anforderung per E-Mail versandt. Zusätzlich sind die Materialien auf der Homepage des Landkreises bereitgestellt. Aus diesem Grund war im vorherigen Berichtsjahr bereits eine Abnahme von 1000 Druckexemplaren zu verzeichnen. Die aktuelle Auflagenhöhe von 7500 liegt nochmals um 4500 Exemplare darunter. Noch in diesem Jahr werden einige der Broschüren in eine kostenneutrale werbefinanzierte Publikation umgewandelt.

Wohnorte der Pflegebedürftigen

Anfragen kommen aus allen Städten und Gemeinden des Landkreises. Bei den 201 Anfragen für Pflegebedürftige außerhalb des Landkreises handelt es sich in aller Regel um Familienzusammenzüge.

Affalterbach	17
Asperg	83
Benningen	14
Besigheim	14
Bietigheim-Bissingen	81
Bönnigheim	5
Ditzingen	7
Eberdingen	11
Erdmannhausen	11
Erligheim	6
Freiberg	43
Freudental	8
Gemrigheim	3
Gerlingen	16
Großbottwar	13
Hemmingen	19
Hessigheim	4
Ingersheim	11
Kirchheim	8
Korntal-Münchingen	44

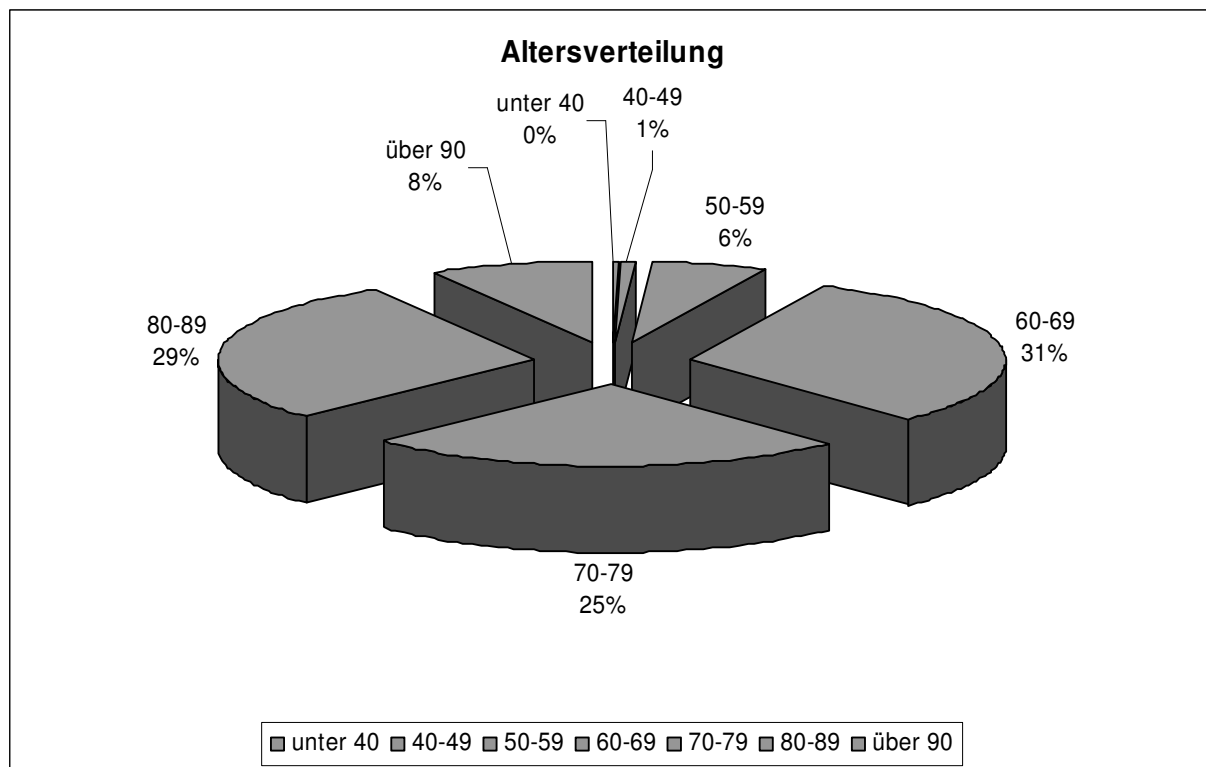
Kornwestheim	78
Ludwigsburg	1087
Löchgau	15
Marbach	39
Markgröningen	74
Möglingen	107
Mundelsheim	2
Murr	16
Oberriexingen	1
Oberstenfeld	21
Pleidelsheim	16
Remseck	72
Sachsenheim	23
Schieberdingen	12
Sersheim	1
Steinheim	58
Tamm	251
Vaihingen	58
Walheim	6
Außerhalb des Landkreises	201
NN	27

Tabelle 4: Anfragen für Pflegebedürftige aus den Städten und Gemeinden des Landkreises gegliedert nach Orten

Altersverteilung

Erstmals wurde der größte Anteil der Beratungen für die Altersgruppe der 60 – 69 jährigen erbracht, gefolgt von Beratungen für Pflegebedürftige in den Altersstufen 70 bis 80 Jahre und 80 bis 90 Jahre. Von allen Anrufern, die Informationen zu ihrer eigenen Versorgung abriefen, waren 45 % in der Altersgruppe 60 – 69 Jahre. Die Pflegebedürftigkeit tritt in diesem Alter häufig erst neu und unerwartet ein. Es entsteht bei diesen sonst selbstbestimmten und aktiven Menschen ein hoher Beratungsbedarf. Bei der derzeitigen Struktur der Hilfsangebote ist es schwierig, eine adäquate und den individuellen Bedürfnissen genügende Lösung zu finden.

Die Anfragen für hochaltrige Menschen haben sich mehr als verdoppelt. Dies führen wir auf die demographische Entwicklung zurück. Die Verteilung in den Altersgruppen ab 70 Jahren spiegelt die Pflegebedürftigkeit (Pflegerquoten) in unserer Gesellschaft wieder.



unter 40	7
40 bis 49	14
50 bis 59	120
60 bis 69	611

70 bis 79	501
80 bis 89	577
Über 90	167

Tabelle 5: Altersstruktur der Pflegebedürftigen

Fazit

Die Beratungsstelle hat sich in ihrer Arbeit etabliert. Es wurden die höchsten Anfragezahlen seit der Einrichtung der Beratungsstelle verzeichnet.

Mit der Ausweitung im Bereich der Krisenintervention (PKI) und damit der Möglichkeit einer zugehenden Beratung wurde das Tätigkeitsfeld erweitert und ein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung gestellt. Die Einzelfallarbeit bei komplexen Problemlagen nahm zu und wurde weiter qualifiziert. Es konnten verlässliche Versorgungsstrukturen aufgebaut werden. Durch die intensive Begleitung bei familiären Krisen wurden Heimaufnahmen verhindert oder herausgezögert.

Die demographische Entwicklung und die strukturellen Veränderungen der Gesellschaft (Einpersonenhaushalte, Mobilität, Lebensentwürfe,...) bringen Veränderungen im familiären Unterstützungssystem. Hinzu kommt die Diversifizierung der ambulanten und auch stationären Angebotsstrukturen, die eine Beratungsstelle für den Klärungsbedarf im Vorfeld und bei Problemlagen dringend notwendig macht.

Die Diskussion um die kommunalen Pflegestützpunkte zeigt sehr deutlich, dass gerade diese Beratung ein wichtiges Steuerungselement ist, um häusliche Versorgung sicher zu stellen. Im Rahmen des Pflegestützpunktes und der daraus erfolgenden Vernetzung mit den Kranken- und Pflegekassen erhoffen wir zusätzlich Synergieeffekte zur Verbesserung der Leistung für die Bürger. Auch gehen wir davon aus, dass mit der Einrichtung der Pflegestützpunkte sich weitere Entwicklungsmöglichkeiten für die Beratungsstelle ergeben werden.

Christel Maile
Constanze Waddicor
Daniela Walter